

„In engen Thälern zwischen hohen und steilen Gebürgeu belohnt der Landbau die Mühe nicht ...“

Wirtschaftsförderung im Württembergischen Schwarzwald unter König Wilhelm I. von 1816 bis 1848/49

„In engen Thälern zwischen hohen und steilen Gebürgeu belohnt der Landbau die Mühe nicht, soll eine solche Gegend bewohnt werden, so müßte es von Hirten, wo das Volk dem Hirtenalter entwachsen ist, von Fabrikanten seyn. Dergleichen Winke der Natur bleiben nicht unbefolgt, weil sie gebieterisch sind. Dieß ist der Fall von Calw. Der Kunstfleiß ist hier so alt, als die Württembergische Geschichte....“

Dieses Eingangszitat ist der Antwort der Calwer Handlungsvorstände auf die so genannte Gewerbe-Enquete des Königlich Württembergischen Handels- und Gewerbs-Vereins vom 20. Januar 1820 entnommen. Damals wollte die Stuttgarter Regierung mit Hilfe dieser erst kurz zuvor gegründeten „Staatsanstalt“ die Ursachen für die anhaltende Wirtschaftskrise herausfinden, vor allem, was aus Sicht der Gewerbetreibenden dagegen zu tun sei. Ohne auf einzelne Argumente der umfangreichen Denkschrift einzugehen, sei festgehalten, dass die Calwer Kaufleute und Gewerbetreibenden sich eine aktivere Gewerbepolitik des Königs wünschten, vor allem schützende Zölle auf Waren der ausländischen Konkurrenz sowie Steuer- und Abgabensenkungen im Inland, insgesamt rasch wirkende Maßnahmen, die eine Belebung der in Calw ansässigen Gewerbe zeitigen sollten.

Belebung der Wirtschaft hieß, die akuten Probleme sofort anzupacken und mittelfristig zu bewältigen, primär durch folgende Maßnahmen:

- Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und Erneuerung der Viehzucht;
- Belebung von Gewerbe und Handel;
- Aufholen und Ausgleichen des technologischen Rückstands gegenüber höher entwickelten Staaten;
- Niedrige Brennstoffpreise für Gewerbe und Industrie sowie für Privathaushalte;
- Ausbau der Verkehrswege, um einen effizienteren Warenaustausch zu Wasser und zu Land zu ermöglichen.

Bevor auf die anstehenden Probleme eingegangen wird, sei ein Blick auf die soziale Lage des Königreichs, und insbesondere im Württembergischen Schwarzwald um 1820 geworfen.

Aufgaben und Ziele der Wirtschaftspolitik König Wilhelms I.

Württemberg war um 1820 noch ein Agrarstaat. Achtzig Prozent der rund 1,4 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung lebten unmittelbar von landwirtschaftlichen Einkünften oder waren

mittelbar über die agrarischen Rohstoffe von ihnen abhängig.¹ Die Volkswirtschaft war eindeutig von der Landwirtschaft geprägt. König und Regierung waren überzeugt, dass der wesentliche Wohlstand des Königreichs auf den Erzeugnissen seines Bodens und auf ihrer gewerblichen Veredelung beruhte. Gemäß dieser Überzeugung mussten alle Reformen zuerst bei der Landwirtschaft und der Beseitigung ihrer Hemmnisse, d. h. der überkommenen feudalen Strukturen einschließlich der Bann- und Zwangsrechte, ansetzen. Mit großem Widerstand war hierbei zu rechnen, weshalb der König diesem Vorhaben zunächst keinen Vorrang einräumte.



König Wilhelm I. (1786-1864), Marmorbüste von Theodor Wagner aus dem Jahr 1845 in der Vorhalle der Neuen Aula der Universität Tübingen.

Wilhelm I. suchte stattdessen den Ausweg, auch unter dem Einfluss seiner Gemahlin Katharina, über Institutionen, die Reformen vorschlugen und entsprechende Programme entwickelten. In diesem Zusammenhang genügt es, im Kontext einzelner Projekte auf das Wirken der vier mit der Bekämpfung der Armut und der Wirtschaftsförderung betrauten Staatsvereine hinzuweisen. Diese „Staatsanstalten“ waren der „Wohlthätigkeitsverein“, die „Centralstelle des landwirtschaftlichen Vereins“ und die „Centralstelle des Handels- und Gewerbs-Vereins“ sowie ab 1830 die private „Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe in Württemberg“, gewöhnlich nur „Gewerbeverein“ genannt.

Zur sozialen Lage im Württembergischen Nordschwarzwald

Wie sehr Wirtschaft und soziale Verhältnisse im Schwarzwald infolge der langen Kriegszeit von 1792 bis 1815 und der Hungersnot von 1816/17 gelitten hatten, mag ein Zitat aus dem Bericht der Oberamtsvisitation Neuenbürg von 1826 an den König illustrieren.² Es heißt darin über Wildbad: „Die Stadt Wildbad gehört gleichfalls zu den verarmten Orten, so zwar, daß nach Angabe des Oberamts und anderer Nachrichten, sehr viele Familien weder Betten noch Kleider haben und deshalb an Sonntagen die Kirche und in der Woche die Kinder die Schule zu besuchen außer Stande sind...“ Die Ursachen für die Verarmung von Wildbad nennt der Bericht nicht direkt. Was gegen die Armut aus Sicht der Gemeinden unternommen werden könnte, ist aber zu erfahren. Die Amtsversammlung Neuenbürg hielt es für vordringlich, dass die Nachbarschaftsstraße von Pforzheim nach Gernsbach im Murgtal, die über württembergisches Gebiet verlief, chausseemäßig ausgebaut werde, ebenso die Straßen von Wildbad über Enzklösterle nach Freudenstadt und – nicht zu vergessen – die Straße von Calmbach nach Calw, für deren Ausbau die „verarmte“ Stadtgemeinde Wildbad sogar 5 000 Gulden beisteuern wollte. Wie man sieht, ist der Begriff „Armut“ interpretationsbe-

dürftig, zumal Wildbad über reiche Stiftungen, über das einzige „Krankenhaus“ (für Kranke und Arme) des Oberamts Neuenbürg und natürlich über die Thermal- und Mineralquellen, die neben dem Holz zu den wichtigsten Ressourcen des Württembergischen Nordschwarzwalds zählten, verfügte.

Landwirtschaftliche Erneuerung durch Bildung und Vorbilder

Um das Grundproblem einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion zu lösen, setzten König und Regierung auf die von der „Centralstelle des landwirtschaftlichen Vereins“ initiierten Projekte zur Modernisierung der Landwirtschaft. Nie mehr sollte es eine Hungerkrise wie 1816/17 geben. Erträge und Einkommen zu steigern, erforderte indes primär eine radikale Abkehr von den überkommenen Methoden des Landbaus und der Viehzucht, weg von der Feld-Gras-Wechselwirtschaft (wie vielerorts im Schwarzwald) und der Dreifelder-Wirtschaft (wie in den angrenzenden Gäuorten) hin zu abwechslungsreichen Fruchtfolgesystemen. Hier kamen die wichtigsten Impulse von dem der Centralstelle untergeordneten Land- und Forstwirtschaftlichen Institut Hohenheim und den dort erprobten Anbaumethoden sowie den im Versuchsfeld getesteten, ertragreicheren Ackerfrüchten. Erklärtes Ausbildungsziel war, die wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse Zöglingen aus allen Ständen zu vermitteln, damit sie als gut ausgebildete Musterlandwirte Hofgüter leiten und so für ihre bäuerliche Umgebung als Vorbild dienen könnten.

Zum Vorbild wurde unter anderem ein Zögling des Landwirtschaftlichen Instituts Hohenheim. Philipp Mast († 1845) aus Schernbach im Oberamt Freudenstadt stammte aus einer bäuerlichen Familie, studierte in Hohenheim 1821/22 Landwirtschaft,³ wurde 1821 als einer der ersten aus dem Bauernstand zum Mitglied des landwirtschaftlichen Hauptvereins durch König Wilhelm I. berufen. Er übernahm den

väterlichen Hof, den er in einen landwirtschaftlichen Musterbetrieb mit Baumschule umgestaltete. Später wurde er Schultheiß als Nachfolger seines Vaters Johann Friedrich Mast. Wie sein Vater bereits 1822⁴ wurde auch er öffentlich belobigt als Förderer der Obstbaumzucht im Württembergischen Schwarzwald und als Erneuerer der Viehzucht, und er erhielt 1827 den zweiten Preis zur Beförderung der Obstbaumzucht.⁵ Als erster hatte er im Oberamt Freudenstadt die Schweizer Rigi-Rinderrasse eingeführt.

Diese war der Landrasse in der Milchleistung überlegen und zeichnete sich durch gute Mastungseigenschaften aus. Die gemästeten Ochsen wogen bis zu 600 kg und waren gut verkäuflich, sogar bis nach Straßburg im Elsass, wie es heißt. Philipp Mast hatte Schernbach zudem zu einem saubereren Ort gemacht. Die königliche Verordnung vom 17. Januar 1823⁶ setzte er umgehend um, indem er seine Mitbürger von der Nützlichkeit von Dungstätten überzeugte. Mit der Reinlichkeit der Ortsstraßen verband er zugleich das Ziel, Güte und Menge des betriebseigenen Dungs zu steigern. In einer Zeit, als die Felder kaum mit mineralischen Stoffen gedüngt wurden (mancherorts wurden die Felder noch abgebrannt), bildeten Mist und Jauche die „Seele der Landwirtschaft“.⁷ Dies war keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass in der Oberamtsstadt Calw erst 1846 die Dungstätten aus den Hauptstraßen der Stadt entfernt wurden⁸ und die Oberamtsbeschreibungen Calw, Neuenbürg und Nagold von ca. 1860 viele Gemeinden kritisierten, weil diese noch immer die Dorfstraßen durch Jauche und Kot verschmutzen ließen.

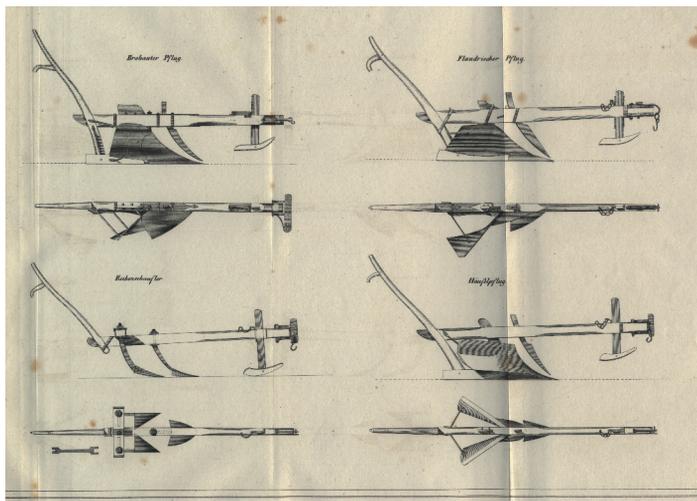
Philipp Mast überzeugte auch die Grundbesitzer und Allmendgenossen von den Vorteilen einer Zusammenlegung der Äcker und Wiesen zu größeren geschlossenen Bewirtschaftungseinheiten, um sie wie im oberschwäbischen Vereinödnungsgebiet (Gebiet nach frühneuzeitlicher Flurbereinigung) oder wie in den Waldhufendörfern des Nordschwarzwaldes individuell zu bearbeiten. Sein Schwiegersohn Jacob Friedrich

Kepler bat 1839 das Innenministerium um ein Darlehen in Höhe von 8 000 Gulden, das er für die „Erweiterung und Fortführung seiner für den Schwarzwald vorteilhaften Musterlandwirtschaft“ – wie er schrieb – verwenden wollte.⁹ Der Oberamtmann in Freudenstadt unterstützte das Gesuch, obgleich Kepler in der Landwirtschaft nicht wissenschaftlich ausgebildet war. Sieht man davon ab, dass Kepler einen Teil des Darlehens zur Schuldentilgung verwenden wollte, dann ist sein Plan, im Oberamt Freudenstadt den Hopfenbau einzuführen und den Flachs-

bau auszuweiten, bemerkenswert. Beiden Vorhaben sollte Vorbildfunktion zukommen wie zuvor auch der Baumschule seines Schwiegervaters. Doch diesem Plan verweigerte die Centralstelle die Zustimmung, nicht zuletzt der Zweifel wegen, ob der Hopfenbau als neue Kultur auf der Ostabdachung des Schwarzwaldes in fast 700 Metern Meereshöhe überhaupt gedeihen könne.¹⁰

Was als landwirtschaftliche Erneuerung hier erscheint, erweist sich als frühes Beispiel des Zusammenwirkens von landwirtschaftlicher Bildung, Strukturreformen wie Beseitigung der Besitzersplitterung durch Arrondierung, verbessertes Saatgut, neue Anbaufrüchte wie Obst und Hopfen, Ausweitung des Flachsbaus sowie Einführung leistungsfähiger Rinderrassen aus der Schweiz. In dieser Hinsicht gingen der Schultheiß Philipp Mast wie auch der Postverwalter Eugen Horlacher in Alzenberg im Oberamt Calw, der hier ausdrücklich genannt sei, sowie andere in Hohenheim ausgebildete Landwirte voran.¹¹

Diese so genannten rationellen Landwirte brachten von Hohenheim auch neue Ackerwerkzeuge



Schweizer'scher Pflug und andere Bodenbearbeitungsgeräte 1836, gefertigt in der Ackergerätefabrik Hohenheim.

– wie den Flandrischen oder Schweizerischen Pflug und andere in Hohenheim gefertigte Bodenbearbeitungsgeräte – mit, wodurch die Feldarbeiten wesentlich erleichtert wurden. Diese fühlbaren Verbesserungen führten dazu, dass der Landwirtschaftliche Bezirksverein Calw 1842 beschloss, eine Verkaufsniederlage der Hohenheimer Ackergerätefabrik in Calw einzurichten. Auf Kosten der Amtsversammlung und des landwirtschaftlichen Bezirksvereins sollten ferner junge Schmiede und Wagnergesellen in Hohenheim ausgebildet werden, damit diese nach ihrer Rückkehr die benötigten arbeitssparenden Ackergeräte in Calw anfertigen und die Käufer im richtigen Gebrauch der Geräte unterweisen könnten.

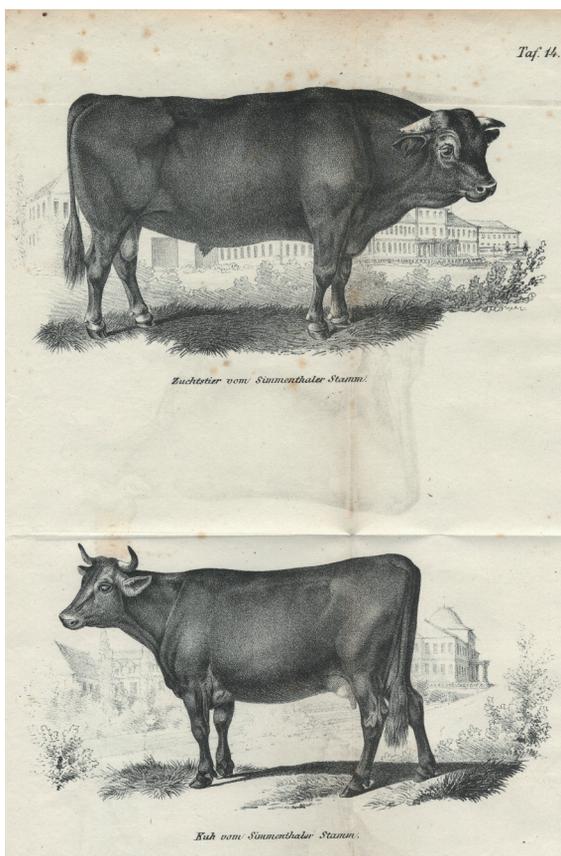
Wie das Beispiel der Hohenheimer Ackergeräteniederlage in Calw lehrte, mussten auch die landwirtschaftlichen Bezirksvereine aktiv werden, um die agrarische Erneuerung und Ausbildung voranzubringen. Es mag dabei die Einsicht eine Rolle gespielt haben, dass vorläufig die Region des Württembergischen Schwarzwaldes wie auch der gesamte Schwarzwaldkreis nicht wie anderswo in den Genuss einer Ackerbau-

schule kam, wie sie von der Regierung aus den Erträgen der Jubiläumstiftung anlässlich der 25-jährigen Thronbesteigung König Wilhelms I. in den anderen Landesteilen beabsichtigt war. Erst 1851, also fast zehn Jahre später, als auf der Domäne Kirchberg (Oberamt Sulz a. N.) eine Ackerbauschule eingerichtet werden durfte, zog der Schwarzwaldkreis mit den anderen drei Kreisen des Königreichs gleich.

Das Netz von Musterlandwirtschaften mag bis 1850 im Württembergischen Schwarzwald etwas weitmaschiger gewesen sein. Gleichwohl sind die Initiativen der Centralstelle auch hier aufgegriffen worden, und insbesondere die der Centralstelle unterstellten landwirtschaftlichen Bezirksvereine von Neuenbürg und Calw sowie Nagold haben sich gezielt der Rindviehzucht gewidmet, welche über die ganzjährige Stallfütterung und Aufhebung der Vor- und Nachweide auf den Feldern und Wiesen vorerst ganz praktisch zu mehr wertvollem Dung führte¹² und am Ende die Landrasse, das kleinwüchsige Schwarzwaldrind, verdrängte. Das aus der Simmentaler Rasse hervorgegangene württembergische Fleckvieh befriedigte viele Wünsche und war ein Rind, dessen Fleisch und Milch sich in die Kurorte Wildbad, Teinach, Liebenzell und in Städte wie Calw und Neuenbürg sowie jenseits der Landesgrenze in Pforzheim gut verkaufen ließen.¹³

Hilfen für Not leidende Gewerbe

Wenn gut vier Fünftel der Bevölkerung von der Landwirtschaft und den von ihr produzierten Rohstoffen abhängig waren, dann war es ganz selbstverständlich, dass König und Regierung den landwirtschaftlichen Gewerben besondere Aufmerksamkeit widmeten, ja, sogar Vorrang einräumten, nicht nur lokal, sondern landesweit. Nachdem die Maulbeerbaumkultur und die



Simmentaler Rind vor dem Schloss Hohenheim.

Seidenraupenzucht, die am Oberen Neckar um 1830/35 in zwei auch aus der Staatskasse geförderten Seidenmanufakturen in Rottweil und Sulz a. N. ihren Anfang nahmen, dort nicht reüssieren konnten, weil die ärmeren Familien über keine geeigneten Lokale für die Seidenraupenzucht verfügten, versuchte die königliche Regierung mit Prämien für mehr und besseren Flachs ein altes Gewerbe wieder wettbewerbsfähig zu machen. Gründe für die rückläufige Leinwanderzeugung waren nicht nur die neuen Eingangs- und Transitzölle, welche den Absatz württembergischen Linnens ins Ausland erschweren, sondern auch die englische Konkurrenz, die billigere und schönere Leinwand

produzierte. Dass die Engländer preiswerter produzierten, hatte mit dem dortigen technischen Fortschritt zu tun. Im Vereinigten Königreich gab es um 1820 schon etliche mechanische Spinnereien, die das Leinengarn in verschiedenen Qualitäten und zeitsparender herstellten. Und es wurden immer mehr! So auch in den Zollvereinsstaaten Preußen und Sachsen, den nächsten Konkurrenten der württembergischen Leinenweberei.

Diesen Ländern hinkte Württemberg weit hinterher. Die „Kommission für Verbesserung der Leinwandgewerbe“ (sie existierte von 1826 bis 1841) glaubte in der nachlässigen und unzureichenden Bleicherei und Appretur der Leinentücher eine wesentliche Ursache für die Krise zu kennen. Sie schickte ihr Mitglied Friedrich Breunlin (* 1797 in Neuenbürg, † 1880 in Weissenau) zu Bleichern im In- und Ausland, wo er neue Verfahren kennenlernen sollte. Das neu erlangte Wissen stellte er dann allen Bleichanstalten zur Verfügung. Im Württembergischen Schwarzwald machte davon 1835 der Inhaber der Bleicherei Lutz aus Calmbach (Oberamt Neuenbürg) Gebrauch.¹⁴ Die neue Einrichtung der Calmbacher Bleiche arbeitete daraufhin so effizient und zuverlässig, dass Lutz sich nicht scheute, für eventuelle Beschädigungen der ihm anvertrauten Leinentücher zu haften; ein damals ungewöhnlicher Vorgang.

Auch im Nordschwarzwald trug man sich mit dem Gedanken, eine mechanische Flachsspinnerei zu errichten. Die Kaufleute August Sprenger aus Calw und Christoph Eberhard Benckiser aus Pforzheim wollten 1837 unter Vermittlung des Calwer Unternehmers und Landtagsabgeordneten Johann Georg Doertenbach ein dem Staat in Herrenalb gehörendes Gebäude erwerben und darin eine mechanische Flachsspinnerei einrichten. Aber weil über den Kaufpreis und die erforderliche Wasserkraft keine Einigung erzielt werden konnte,¹⁵ wurde die mechanische Muster-Flachsspinnerei in Urach angesiedelt und 1838 mit einem zinsgünstigen Darlehen von 150 000 Gulden aus der Staatskasse unterstützt.¹⁶

Tau- oder Wasserröste – Was ergibt bessere Leinwand?

Die mechanische Muster-Flachsspinnerei in Urach sollte nach den Vorstellungen der Regierung die Flachserzeugung und –verarbeitung auf eine höhere Stufe heben und somit Auswirkungen auf den Flachsanzbau und die Flachsbereitung insgesamt haben. Die Oberämter Neuenbürg, Nagold und Calw gehörten zu den Regionen des Landes, in denen vorzüglicher Flachs gedieh, wie Johann Daniel Georg Memminger in seiner Beschreibung Württembergs von 1820 festhält.¹⁷ Die Züricher Firma Escher, Wyss und Compagnie, welche die Uracher Flachsspinnerei errichtet hatte, hoffte, für den Betrieb ihrer Spinnmaschinen stets ausreichend heimischen Flachs aufzutreiben zu können. Agenten der Uracher Flachsspinnerei reisten im Land umher und besuchten u. a. auch den Liebenzeller Flachsmarkt. Dabei stellte sich jedoch heraus, dass nicht nur zu wenig einheimischer Flachs verfügbar war, sondern auch fast ausschließlich schlechtes Gespinst und Garn erzeugt wurden. Die Schweizer Unternehmer kritisierten dies scharf gegenüber der Regierung und sahen sich deshalb gezwungen, Garn und Flachsgespinnste in Belgien zu kaufen. Dort war der Flachs zudem um ein Viertel billiger als das württembergische Erzeugnis. Sie gaben zu verstehen, dass sie auf Abhilfe hofften, allein um ihre vertraglichen Verpflichtungen einhalten zu können.

Nach langwierigen Recherchen glaubten die Centralstelle, das Landwirtschaftliche Institut Hohenheim und die Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe zu wissen, warum die Gewinnung feiner Fasern, wie sie in Württemberg gehandhabt wurde, anders als die Verfahren in den Niederlanden und Belgien, nicht für die moderne Maschinenspinnerei taugte. Eigentlich keine neue Erkenntnis! Denn die schlechte Qualität des württembergischen Leinengespinnstes hatte schon der erste Hohenheimer Direktor Johann Nepomuk von Schwerz (1818-28) erkannt und daher wiederholt Ackerbauschüler

und -studenten in die damals noch zu den Niederlanden gehörigen, seit 1830 belgischen, Provinzen Flandern und Brabant zur Ergänzung ihrer Ausbildung geschickt. Dort hatten auch Hohenheimer Schüler als Praktikanten bei Flachsbauern und Flachsbereitern gearbeitet und sämtliche Tätigkeiten der Flachsverarbeitung kennengelernt.

Belgische oder Brabanter Flachsbereitung bedeutete, dass die Röste des Flachses im stehenden Gewässer erfolgte (nicht wie in Württemberg auf dem Feld oder auf der Wiese durch Tau), und das Schwingen der Fasern, d. i. das Entfernen der Holzigen Teile von der eigentlichen Faser, mit speziell angefertigten Schwingstöcken und mit besonderer Sorgfalt ausgeführt wurde.

Weil diese belgische Methode im Land unbekannt war, galt es, diese in Kursen zu vermitteln. Für diese Aufgabe war nun auch der Gewerbeverein bereit, junge Leute aus Hohenheim und dem übrigen Land nach Belgien zu entsenden. Ende September 1838 machte er in Schreiben an die Oberämter darauf aufmerksam, dass er Reise- und Aufenthaltskosten für interessierte junge Männer übernehme. Dem Schreiben an die Oberämter wurden Hohenheimer Flachsmuster beigelegt. Diese Flachsproben sollten die Leute für den Flachsbau begeistern und dazu anregen, die Flachsbaupflanzfläche auszuweiten.

Von den angeschriebenen Oberämtern im Württembergischen Schwarzwald antworteten lediglich die Amtsversammlungen Neuenbürg und Calw. Die Schultheißen des Oberamtes Neuenbürg ließen wissen, dass sie die Flachsproben auch ihren Frauen vorlegen müssten, die die Qualität der Flachsprobe besser beurteilen könnten. Ein kluger Schachzug, den man nicht als Ausflucht auffassen, sondern als Einbindung von Erfahrung und Fachwissen der Hausmütter verstehen sollte. Die Antwort, die der Schultheiß Dürr von Langenbrand dann gab, war freilich ernüchternd für alle. Als er das Hohenheimer Flachsmuster dem Oberamtmanne zurückgab, legte er eine Flachsprobe aus Langenbrand bei,

welche auf die „gewöhnliche Schwarzwälder Art in Tau geröstet“ worden war und welche seiner Ansicht nach eindeutig in Farbe und Feinheit der Hohenheimer Flachsprobe überlegen sei. Für die Flachsbaupflanzfläche im Oberamt Neuenbürg bedeutete dies: Wir machen so weiter wie bisher.

Anders die Calwer Amtsversammlung, die die Bemühungen der Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe und des Landwirtschaftlichen Instituts dankbar begrüßte und sogleich einen Kandidaten benannte, der im Sommer 1839 nach Flandern zur Erlernung der belgischen Flachsbereitung reisen sollte. Nach Hohenheim sandte sie einen jungen Mann, damit er ebenfalls die belgische Flachsbereitungsmethode erlerne. Sie übernahm auch hier die Reise- und Aufenthaltskosten. Ferner wollte die Calwer Amtsversammlung jede Bemühung unterstützen, die den Flachsbaupflanz zu einem attraktiven landwirtschaftlichen Gewerbe machte. Vorderhand bedeutete dies, die Flachsbaupflanzfläche zu vergrößern. Denn auch darin lag ein wesentliches Hemmnis. Angebaut wurde der Flachs lediglich von kleinen Güterbesitzern, oft auf nicht mehr als auf einem Viertel Morgen (circa 80 m²), gerade so viel, um den Eigenbedarf zu befriedigen. Wurde mehr Flachs als benötigt produziert, dann verkaufte man ihn an umherziehende Händler oder auf dem Liebenthaler Flachsmarkt.

Allerdings erhielt die Begeisterung für die Flachsbereitung gleich zu Anfang einen Dämpfer, als sich herausstellte, dass der nach Belgien zu entsendende Kandidat – es handelte sich um den Schultheißen Flaig aus Eberspiel¹⁸ – doch nicht der Richtige war. Immerhin konnte der Oberamtmanne drei junge Leute nachmelden, die im August/September 1839 den Flachsbereitungskurs in Hohenheim mitmachen wollten.¹⁹

Einer von den drei in Hohenheim ausgebildeten Flachsbereitern war Daniel Friedrich Pfrommer aus Zavelstein. Von ihm wissen wir, dass er 1840 seinen ersten Versuch, den Flachs nach Brabanter Methode zu rösten, im benachbarten Röttenbach vornahm, wo ihm Schultheiß und Gemeinde die



Darstellung der Flachsbereitung im Oberamt Calw. Szene vom Festzug zum 25jährigen Thronjubiläum König Wilhelms I. September 1841.

Wette zur Verfügung stellten. Pfrommer röstete zum Vergleich einen Teil des Flachses herkömmlich in Tau, den anderen aber im Wasser des Röttenbacher Dorfweihers. Zur Enttäuschung aller entsprach das Ergebnis nicht den Vorstellungen. Es heißt in den Akten: „Der geröstete Flachs in Wasser fühlte sich etwas rau an; woran dies lag, ist unbekannt.“

Jetzt galt es erst recht, die Überlegenheit der neuartigen Flachsbereitung unter Beweis zu stellen. Der Handlungsvorsteher Georgii aus Calw wollte das Röttenbacher Wasser analysieren lassen, um herauszufinden, ob es an ihm lag. Damit Pfrommer weitermachte, erkannten ihm die Generalversammlung des Gewerbevereins und der Landwirtschaftliche Bezirksverein Calw sowie die landwirtschaftliche Centralstelle in Stuttgart Aufmunterungsprämien zu.

Trotz der wenig glücklichen Erfahrung mit der Wasserröste förderte der Landwirtschaftliche Bezirksverein Calw den Flachsbaum weiter mit Prämien, die zu mehr Flachs und zu besseren Qualitäten des Leinengarns anregen sollten. Bei der Versammlung vom 6. Dezember 1842 konnten sich die Vereinsmitglieder überzeugen,

dass der in Wasser geröstete Flachs zarter und feiner war als jener vom Vorjahr. Es ging also doch! Der Landwirtschaftliche Bezirksverein beschloss deshalb, den „Flachsbaum als einer für den Bezirk bedeutenden Haupterwerbsquelle zu fördern und daraufhin zu wirken, dass die Wasserröste künftighin nicht nur von Einzelnen betrieben, sondern allgemeiner verbreitet“ werde. Für diesen Zweck lobte er Preise und Prämien aus, die 1842 insgesamt 61 Gulden ausmachten.²⁰ 1846 gab es Prämien ausschließlich für in Wasser gerösteten Flachs, in Tau gerösteter Flachs sollte nicht angenommen werden.²¹

Ohne in weitere Einzelheiten einzutreten, sei festgehalten, dass alle vor 1848 eingeleiteten Unterstützungsmaßnahmen, den Flachsbaum und die Flachsbereitung zu einer der führenden Textilbranchen zu machen, misslangen. Der Flachs blieb – wie bisher – ein landwirtschaftliches Nebenprodukt, ohne große Gewinnaussichten. Die Oberamtsbeschreibung Calw von 1860 notiert daher lapidar:

„Die Cultur des Flachses auf dem Walde, durch die der Bezirk früher berühmt war, wird stets unbedeutender, theils in Folge von Mißernten, theils in Folge des vermehrten Anbaus anderer, lohnenderer Handelsgewächse, namentlich des Repses.“²²

Mit feinen sächsischen Maschen zu Wohlstand?

1832 erschien in den Württembergischen Jahrbüchern²³ ein Aufsatz über den württembergischen Gewerbebestand. Zur Strumpfweberei heißt es darin: „Die Strumpfweberei wird fabrikmäßig betrieben bloß in vier Etablissements, wovon sich eins in Calw und drei in Ravensburg befinden ... Handwerksmäßig wird dieses Gewerbe hauptsächlich im Oberamt Balingen, namentlich in den Orten Ebingen und Tailfin-

gen (mit 298 Meistern und 86 Gesellen), im Oberamt Göppingen, besonders in Boll von 82 Meistern und 14 Gesellen, und im Oberamt Calw, besonders zu Neuhengstett von 75 Meistern betrieben.“ Wenig später ist zu lesen, dass die Strumpfwerber kaum Arbeit hätten. Ihr Handwerk stecke in der Krise wie so viele andere Handwerke auch. Es waren aber nicht nur die Zollgrenzen, die den Absatz der Strumpfwerberartikel erschwerten, sondern die alte Zunftverfassung, die Neuerungen massiv im Weg stand. Einer der schärfsten Kritiker – Moriz Mohl – empfahl dringend die Zunftordnungen aufzuheben und die Gewerbefreiheit einzuführen. Wie bei der Leinwand war es die mangelhafte Qualität der gestrickten Strümpfe und Hauben, die die Käufer davon abhielten, zuzugreifen. Allenfalls befriedigten die Wirkwaren das Bedürfnis der Landleute. Die Fabrikation, so die Einschätzung der Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe in Württemberg 1834,²⁴ ist auf einer niederen Stufe des technischen Betriebs stehen geblieben. Auch hieß es, die gestrickten Unterkleider und Überröcke (Mäntel) seien der Gesundheit zuträglicher.²⁵

Dieser Bericht über den württembergischen Gewerbestand gab den Anstoß, sich intensiv um die Einführung der Strumpfstrickerei nach sächsischem Vorbild zu bemühen.²⁶ Neue sächsische Strickerstühle, auf denen elastische Maschen dafür sorgten, dass sich Strümpfe und Unterkleider enger an den Körper anschmiegen, sollten die veralteten Strumpfwerberstühle ersetzen. Gleichzeitig sollten solche modernen Wirkstühle in Württemberg hergestellt werden. 1835 berichtete der Gewerbeverein im Hohenheimer Wochenblatt, dass er den Württemberger Johann Peter Barall im sächsischen Zeulenroda (Vogtland) bewegen konnte, in sein Heimatland zurückzukehren. Barall stammte aus Neuhengstett und arbeitete schon dreizehn Jahre als Geselle bei einem Nadelmacher und Strumpfstriker in Sachsen. Den Kontakt zu Barall knüpfte der aus Neuenbürg stammende Sekretär des Gewerbevereins, Friedrich Breunlin, der damals im Auftrag der Centralstelle unterwegs

war, die Leinwand-Bleichanstalten und Bleichverfahren in der sächsischen Oberlausitz zu studieren. Um sein Gewerbe als Nadelmacher selbständig ausüben zu können, forderte Barall gut 50 Taler, dazu Umzugskostenerstattung und eine kleine Geldsumme für sein neues Zuhause in Württemberg. Barall stammte zwar aus Neuhengstett, wollte sich aber dort nicht niederlassen, weil sein Geburtsort Neuhengstett für den Betrieb seines Gewerbes nicht günstig gelegen sei. Als Wohnsitz wählte er zuerst Degerloch, dann Stuttgart.

Um den Umbau von Strumpfwerber- zu Strumpfwirkerstühlen zu beschleunigen, lobte der Gewerbebeförderverein zunächst fünf Prämien für diejenigen aus, die sich bereit fänden, ihre alten Strumpfwerberstühle zu modernen Strumpfstrikerstühlen umrüsten zu lassen. Doch es fanden sich lediglich drei Bewerber, keiner aber aus dem Oberamt Calw.²⁷ In Liebenzell und Calw reparierten und bauten die Stuhlschlosser Geyer und Raible zwar alte Strumpfwerberstühle um, aber sie waren so arm, dass sie sich an der Konstruktion neuer sächsischer Strumpfwirkerstühle nicht beteiligen konnten.

Ein altes Zentrum der Strumpfweberei und -strickerei bildete neben Reutlingen, Ebingen und Cannstatt die Waldensergemeinde Neuhengstett. Die soziale Lage hier war ziemlich desolat. Die fünf Strumpfstriker, die für Calwer Handlungshäuser arbeiteten, erhielten nur geringen Lohn. Andere arbeiteten gelegentlich und hatten wochenlang keine Aufträge, sodass sie sich als Tagelöhner verdingen mussten. Der Neuhengstetter Pfarrer Johann Georg Freihofer (1806–1877),²⁸ der 1832 dort sein Amt antrat, wollte dies ändern und sandte 1836 Anträge nach Stuttgart. Aus Neuhengstett wurde Jacques Talmon zu Barall in die Lehre gegeben, damit er neben den Fertigkeiten auf den verbesserten Strumpfwirkerstühlen zugleich das Handwerk eines Nadelmachers erlerne.²⁹ Denn die Kunst des Nadelmachens werde „wie ein halbes Geheimniß behandelt, das in Sachsen nur um theures Geld verkauft wird.“³⁰ Die Neuheng-



Johann Georg Freihofer (1806-1877), Pfarrer in Neuhengstett 1832-40, Pfarrer in Kayh 1841-51, Dekan in Nagold 1851-76, Förderer der Strumpfwirkerei in Neuhengstett.

angekauft. Pfarrer Freihofer erhielt noch 200 Gulden aus der Oberhofkasse des Königs, um weitere Lehrlinge unterstützen zu können.³¹

Die Hilfen weckten Hoffnungen, und 1840 notierte der Gewerbeverein, die Strumpfwirkerei nehme Aufschwung und hemme inzwischen den Absatz sächsischer Waren in Württemberg. Die Strumpfwirker in Reutlingen und Neuhengstett fertigten Kinderhäubchen, welche wegen des schön eingesetzten Bodens den sächsischen vorgezogen würden.³² Ein Jahr später lauteten die Nachrichten aus Neuhengstett weniger günstig. Sie deuten an, dass sich keine weiteren Interessenten für die feine Strumpfstrikerei fanden. Es fehle den Einwohnern von Neuhengstett „der industrielle Geist der Voreltern“. Dies ist eine bemerkenswerte Begründung, hinter der sich die völlige Mittellosigkeit der Familien und die Unkenntnis der Märkte und Vermarktungschancen verbergen. Barall beklagte auch die ungenügende Schulbildung seiner Lehrlinge; sie könnten weder rechnen noch gut lesen noch schreiben, was angesichts ihrer Herkunft (zu Hause sprach man Gallisch oder Welsch/Patois) und der Armut der Neuheng-

stetter Lehrlinge mussten sich verpflichten, sich in ihrem Heimatort niederzulassen und anderen Interessenten die Strumpfstrikerei nach sächsischer Art zu lehren. Der Gewerbeverein übernahm das Lehrgeld. Auf Kosten der Staatskasse wurden zudem zwei s ä c h s i s c h e Strumpfwirkerstühle, jeder zu 250 Gulden,

stetter Strumpfw Weber nicht verwundert. Armut, geringe Bildung und Entlegenheit des Ortes trügen dazu bei, dass die Strumpfwirkerei im Oberamt Calw fabrikmäßig nicht vorankomme, es sei denn, es würden bedeutende Geldmittel eingesetzt. „Ein Fabrikant aus Calw“ sollte „sich an die Spitze einer mehr fabrikmäßig zu organisierenden Industrie in Neuhengstett setzen“, forderte die Gewerbebeförderungsgesellschaft 1843.³³

Ein solcher Unternehmer aus Calw konnte über das Netzwerk des Gewerbevereins rasch ausfindig gemacht werden. Der Gesuchte – Wilhelm Friedrich Schumm – fühlte sich zwar geehrt, gab aber zu bedenken,³⁴ dass die herabgekommene Strumpfweberei im Oberamt Calw ohne staatliche Hilfe nicht in Gang komme; mit anderen Worten, ohne ein bedeutendes zinsgünstiges oder gar zinsloses Darlehen sei jede Mühe vergebens. Die Ministerien des Innern und der Finanzen wollten dies wohlwollend prüfen, aber am Ende kam es nicht dazu, weil Schumm keine Sicherheiten für den Kredit leisten konnte und inzwischen Pfarrer Freihofer auf eine andere, besser besoldete Pfarrei nach Kayh (Oberamt Herrenberg) gewechselt war.³⁵ Ende 1845 entschloss sich König Wilhelm I., den „Plan der Etablierung eines fabrikmäßigen Betriebs in feineren Strumpfwirkerfabrikaten in Neuhengstett“ nicht weiter zu verfolgen und befahl, die auf Staatskosten angeschafften Strumpfwirkerstühle und -geräte „zu einem mäßigen Anschlag und billigen Zahlungsfristen“ an Interessierte zu verkaufen, den Erlös daraus aber „der Strumpfwirkerkasse in Neuhengstett zur fortdauernden Unterstützung des Gewerbebezuges der feineren Strumpfstrikerei“ zu überlassen.³⁶

Wenngleich in Neuhengstett die Strumpfstrikerei als neuer Industriezweig keine Zukunft hatte, gab es eine für sie in Calw, wo vor allem die mechanischen Woll- und Baumwollspinnereien wegen der wachsenden Nachfrage nach wollenen und baumwollenen Garnen einen Schub erfuhren. Nach 1850 erkannten auch die alten Calwer Handlungshäuser das große Potential, das in der Strumpfstrikerei steckte. Bei der



Ortsmitte Neubengstett mit Kirche, Straße „Gabret“ und Pfarrhaus.

Oberamtsvisitation Calw von 1858 hob daher der visitierende Beamte hervor, dass namentlich „die Fabrikation und der Handel mit gestrickten wollenen Waren, welche in Calw selbst sowohl als auch auf den Lande gegen 1200 Leute beschäftigt, von großer Bedeutung“ sei.³⁷

Der Staat als Impulsgeber und Investor

Um Wirtschaft und Entwicklung des Landes zu fördern, setzte die königliche Regierung vielfach auf Vorbilder und Modelle. Ihr war bewusst, dass das Königreich in technologischer Hinsicht unterentwickelt war und schnelle Abhilfe hauptsächlich durch Ansiedlung ausländischer Mechaniker und durch Filialbetriebe von Maschinenfabriken möglich sei. Ausgezeichnet hat sich bei diesen Bemühungen besonders die „Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe“, der so genannte Gewerbeverein.³⁸ Ein Beispiel, bei dem der Gewerbeverein mit staatlichen Institutionen zusammenwirkte, ist auch für den Württembergischen Schwarzwald nachweisbar, wenngleich der Versuch am Ende sich nicht behauptete. Es handelt sich um den „Mechanicus“ Friedrich

Buser aus Gelterkinden im Kanton Basel-Landschaft, der sich 1836/37 in Calw niederließ, um dort verbesserte Webstühle zu fertigen. Dass wir davon erfahren, ist einer unscheinbaren Notiz von 1837 zu verdanken. Darin baten die Kreisregierung in Reutlingen, das Oberamt und der Stadtrat von Calw die Königliche Regierung in Stuttgart, sie möge dem Mechaniker Buser die Sportelgebühren in Höhe von 61 Gulden 48 Kreuzer für den Erwerb eines Hauses in Calw erlassen, da er Ausländer sei. Die Gewährung von Gebührennachlässen für Ausländer gehörte zu den Instrumenten der damaligen Wirtschaftsförderung. Der König billigte am 7. Juni 1837 eine entsprechende Vorlage von Innenminister von Schlayer.³⁹ Buser bemühte sich um den Absatz seiner Maschinen und bediente sich dabei auch noch wenig verbreiteter Methoden, um seine Fabrikate bekannt zu machen. So nahm er an den Industrie-Ausstellungen 1839 und 1842 in Stuttgart teil, wo – wie 1842 – weit über 100 000 Besucher die ausgestellten Erzeugnisse und Maschinen besichtigten und prüfen konnten. 1842 wurde ihm auch eine Auszeichnung zuteil. Erkannte ihm doch die Prüfungskommission für die „zweckmäßige und sinnreiche Aus-

führung eines mechanischen Handwebstuhls für Piqué mit Schnellschußwechsellade“ die silberne Medaille zu,⁴⁰ nachdem er schon 1839 für seine verbesserten Webstühle belobigt worden war. 1842 erhielt Buser sogar ein Erfindungspatent für die Dauer von sechs Jahren „für die vorgelegten neuen Vorrichtungen und Verbesserungen an Webstühlen.“⁴¹ Doch er scheint sein Gewerbe nicht im Großen ausgeübt zu haben. Tatsache ist, dass er 1844 den von ihm erworbenen Gasthof Zum Schiff an der Stuttgarter Straße an den Bierbrauer Röhm aus Sulz (Oberamt Nagold) für 5 800 Gulden⁴² verkaufte und Calw verließ. Ein Pionier zu sein, um technischen Innovationen den Weg zu bereiten, war eben kein leichtes Unterfangen, zumal im abgelegenen Schwarzwald. Dies gilt auch für einen anderen Fall, wie sich bei der Einführung der amerikanisch-englischen Kunstmühle zeigen lässt.

Die Amerikanische Kunstmühle

In der Stellungnahme zum Bau der neuen Verbindungsstraße von Hirsau nach Calmbach durch das Schweinbachtal schrieb Johann Georg Doertenbach 1838: Der Calwer Fruchtmarkt, „welcher zu den besuchteren deshalb gehört, weil er auch zur Deckung des Bedarfs des Enztales dient, welcher so erheblich ist, daß neben den dort befindlichen Mahlmühlen in Calmbach eine Kunstmühle entstanden ist, welche sich die zum Betrieb erforderlichen 1 000 Scheffel jährlich in den Fruchtornten des Herrenberger, Nagolder, Böblinger, Vayhinger, Leonberger Oberamts holt und sich daher der steilen Strasse zwischen Hirsau und Calmbach bedienen muß. Daß eine solche Beifuhr mit verdoppelten und verdreifachten Vorspann von 4, 6 und 8 Pferden sehr kostspielig ist und den Bewohnern des Enzthales das erste Lebensbedürfnis vertheuert, ist klar. Dies rechtfertigt gewiß das Bestreben nach Beseitigung und läßt selbst eine genaue Berechnung großer Ersparnisse zu, wenn man das Gewicht der Früchte auch nur auf 12 bis 15 000 Zentner anschlagen würde.“⁴³

Diese Nachricht gibt Kenntnis von der Existenz einer amerikanisch-englischen Kunstmühle in Calmbach, und zwar schon wenige Jahre nach dem Bau der ersten Kunstmühle in Berg am Neckar bei Stuttgart, die der Staat vom Maschinenbaumeister Friedrich Grundler aus Wasseralfingen 1830/31 hatte errichten lassen. Grundler war zugleich der technische Sachverständige und Gutachter der Centralstelle des landwirtschaftlichen Vereins. Mit diesem neuartigen Mahlwerk wollte der Staat die Müller zu einer verbesserten Mühlentechnik und damit zur Herstellung von besserem Mehl anregen. Obwohl Grundler die Centralstelle schon Anfang der 1820er Jahre und 1827 mit Hilfe eines Modells bei der Kunstausstellung in Stuttgart auf die völlig andersartige Technik aufmerksam gemacht hatte, wollte niemand einen Versuch wagen, bis die Finanzverwaltung selbst eine solche Mustermühle am Neckar errichtete.⁴⁴

Die Kunstmühle amerikanisch-englischer Bauart arbeitete nicht mit Mahlsteinen, sondern mit eisernen Walzstühlen, auf denen ungenetztes, d. h. trockenes, Getreide zu feinem Mehl vermahlen wurde. Die so genannten deutschen Mühlen arbeiteten nämlich mit liegendem Bodenstein und rotierendem Läuferstein und das Mahlgut musste zuvor leicht angefeuchtet werden, da es sonst durch die Reibung verbrannt wäre oder einen unangenehmen Brandgeschmack erhalten hätte. Außerdem wurden in der Regel nur zwei Sorten Mehl, das weiße Brotmehl und das schwarze Musmehl sowie Gries hergestellt. Trockenes, ohne beigemischte Sandkörner, und in verschiedenen Feinheiten erhältliches Mehl (in Berg gab es 5 Sorten), das die neuartigen Kunstmühlen produzierten, ließ sich in Fässern längere Zeit aufbewahren und über größere Entfernung versenden.

Der Kunstmüller hatte zwar die Mühe sich bei den Bauern und auf den Getreidemärkten mit den erforderlichen Mengen einzudecken, aber die Bauern im Böblinger-Herrenberger Gäu gaben bereitwillig ihr überschüssiges Getreide ab, weil der Kunstmüller einen besseren Preis bezahlte. Dass er dazu in der Lage war, hatte mit dem

Mahllohn, dem Milter (immerhin ein Sechstel oder 18 Prozent) zu tun, den der Mahlkunde dem Bannmüller entrichten musste. Bei den Industrieausstellungen in Stuttgart 1833 und 1836 wurden Backproben mit Mehlen aus Kunstmühlen gemacht und an die Besucher verteilt. Sie überzeugten so sehr, dass rasch eine enorme Nachfrage aus den Städten einsetzte, wo ja niemand gezwungen war, Getreide beim Bannmüller mahlen zu lassen. Innerhalb weniger Jahre entstanden überall im Königreich amerikanische Kunstmühlen, so dass die Bannmüller sich in ihren althergebrachten Rechten beschränkt sahen und deshalb klagten. Und nicht nur die Bannmüller klagten. Bei der Oberamtsvisitation Calw im Jahr 1846 forderten Stadtschultheiß und Gemeinderat von Calw, die Regierung möge endlich den Mühlenbann aufheben, da er unnötig den Lebensunterhalt verteuere. In Calw kam nämlich erschwerend hinzu, dass niemand in der Stadt Mehl von Kunstmühlen verkaufen durfte und die Bäcker ihr Mehl von den Bannmüllern der Stadt beziehen mussten.⁴⁵ Verständlich, dass in der einsetzenden zweiten Hunger- und Wirtschaftskrise des 19. Jahrhunderts niemand einsah, dass die einen mehr fürs Brot bezahlen mussten als jene, die vom Kunstmüller ihr Mehl bezogen, zumal um diese Zeit bereits um die 40 amerikanische Kunstmühlen im ganzen Land existierten. Die Aufhebung des Mühlenbanns war längst überfällig. Gleich zu Beginn der Revolution von 1848 kam es dann tatsächlich dazu.

Die Modernisierung der Bäder

Der sonst so sparsame württembergische Finanzminister hat sich in Sachen Modernisierung der Bäder Teinach und Wildbad erstaunlich großzügig erwiesen.⁴⁶ Gewiss nicht aus freien Stücken, sondern wohl eher um Klagen über die rückständige Badekultur des Königreichs die Spitze zu nehmen. Dass die Klagen überhaupt Gehör fanden, hat primär mit den Aufenthalten von Angehörigen der württembergischen Königsfamilie und der Stuttgarter Hofgesellschaft zu tun,⁴⁷ die hier des Öfteren die Bäder gebrauchten. Der

Titel „Königliches Bad“ von 1835 für Teinach verrät die Wertschätzung durch die königliche Familie. In Teinach entstand nach einem Entwurf von Professor Nikolaus von Thouret 1841/42 das Badhotel auf dem Areal des ehemaligen Gasthofs zur Krone, das der Staat 1835 für 23 000 Gulden erworben hatte.⁴⁸ 1840/41 ließ Wilhelm I. hier auch Bohrungen niederbringen, die ausreichend Mineralwasser lieferten, um einerseits 1843 eine neue Kaltwasserheilstätte mit Brunnenhalle zu bauen,⁴⁹ andererseits um das Wasser der wohl-schmeckenden Hirschquelle in Krügen abzufüllen und zu versenden. Die Teinacher Quellen und Badeeinrichtungen samt Badhotel gehörten dem Staat und hatten bis 1858 über 168.218 Gulden gekostet.⁵⁰

Gegenüber Teinach hatte Wildbad den Vorzug warmer Quellen, die aus dem Grundgebirge entlang von Spalten aufstiegen. Genutzt wurden sie mindestens seit dem 14. Jahrhundert,⁵¹ und zwar in Badehäusern, die unmittelbar über den Quellaustritten errichtet worden waren. Zu Beginn der Herrschaft König Wilhelms I. empfand man die wie in einer „gotischen Kapelle“ eingerichteten Badekabinette nicht mehr als zeitgemäß.⁵² Gebadet wurde nämlich in Bassins, getrennt nach Geschlechtern und nach Ständen (Fürsten-, Herren- und Bürgerbad, Armenbad). Das Herrenbad war mit über 1 000 Quadratschuh gut zweimal größer als das Frauenbad (405 Quadratschuh). Das Frauenbad glich einem finsternen Gellass, ohne Tageslicht, sodass der Badearzt Justinus Kerner bereits 1813 und der Neuenbürger Oberamtmann Kausler 1819 den Wunsch äußerten, es möge großzügiger und heller gebaut werden.⁵³ Vieles war nicht nur veraltet, sondern auch der gesamte Badebetrieb entbehrte manches, was den mehrwöchigen Aufenthalt angenehm und kurzweilig hätte werden lassen, wie überhaupt Wildbad hinter Baden-Baden, welches das Königspaar 1817 kennengelernt hatte – und mit dem man sich gern verglich –, zurückgeblieben war.

Als König Wilhelm im Mai 1825 in Wildbad weilte, gab er den Auftrag zu einer gründlichen



Heutige Ansicht des Badhotels Teinach, erbaut von Hofbaumeister und Oberbaurat Nikolaus von Thouret 1834.

Modernisierung, jedoch zunächst in einer anderen Weise als gedacht.⁵⁴ Im Gedenken an seine früh verstorbene Gattin Katharina ließ Wilhelm I. 1826 den Gasthof Zum Grünen Baum vor dem Oberen Tor ankaufen und für die Zwecke eines Armenbades mit vier Abteilungen umbauen. Das so genannte Katharinenstift,⁵⁵ bestehend aus Gasthof und Badebassin, das zuvor als Pferdebad gedient hatte, nahm jährlich 176, ab 1850 sogar mehr als 250 unbemittelte Kranke auf. Diese durften unentgeltlich die Bäder benutzen und erhielten freie Kost und Logis. Weitergehende Vorschläge der Bau- und Verbesserungskommission von 1824/26 blieben vorerst in der Schublade. Erst 1831, als König Wilhelm I. erneut in Wildbad weilte und wiederum die Unvollkommenheit des Bades bemerkte, gab er den Auftrag zur Erneuerung.⁵⁶ Zunächst waren es kleine Maßnahmen, wie Pflasterung der Badvorplätze und eine Terrasse vor dem Königlichen Palais, Einbau eines „Douche-Apparates“ nach Plänen des Stuttgarter Hof-Mechanicus Hartdorn, Anschaffung von Handspritzen für Spritzbäder, Erweiterung des Schießhauses, Aufstellen von Ruhebänken an den neuen Waldwegen und Pflanzung von 60 Lindenbäumen an der Allee im Kurgarten,

welche die Badumgebung aufwerten sollten. Hofbaumeister Thouret, mit der Errichtung einer gedeckten Terrasse zwischen Herrenbad und Königlichem Palais beauftragt, zögerte mit der Ausführung, weil er mit dieser Baumaßnahme nicht zufrieden war. Er hielt die Pläne insgesamt für unvollkommen und plädierte für Abriss und Neubau sämtlicher Badeeinrichtungen. Dies alles brauchte Zeit und noch mehr Geld, das aus der Staatskasse fließen sollte. War doch das Wildbad „eine Staatsanstalt, ... es werden daher die Fassung der Mineralquellen, die Bad-Gebäude, die Anlagen etc., soweit der Ertrag des Badgeldes nicht zureicht, von Staatswegen unterhalten.“⁵⁷

Die Regierung begann 1837 mit einer Umwandlung aller Wildbader Badeeinrichtungen. Die Bäder sollten größer, bequemer und lichtdurchfluteter, sämtliche Umkleide- und Ruheräume beheizbar werden, und es sollte reichlich Thermalwasser verfügbar sein, damit wesentlich mehr Besucher die Bäder benutzen konnten. Bis 1846 wurden so 28 Bohrungen niedergebracht, welche die Quellschüttungen insgesamt um ein Viertel erhöhten. Die Bohrungen und auch die spontan geäußerten Wünsche des Königs führten freilich dazu, dass Thouret die Baupläne mehrmals überarbeiten musste. Das alles kostete wiederum Zeit und Geld, sodass die 1839 von beiden Kammern des Landtags bewilligten Gelder in Höhe von 220 000 Gulden für das neue Wildbad schon bald nicht mehr ausreichten. Als das neue Kur- und Badezentrum mit Badhotel und Eberhardsbad 1847 fertiggestellt war, summierten sich die Baukosten auf über 431 000 Gulden, weitaus mehr als sich eine sparsame schwäbische Finanzverwaltung je zu erträumen gewagt hatte.⁵⁸

Mit den baulichen Veränderungen ging auch eine Belebung des Wildbader Kurbetriebs ein-

her. Bereits seit 1828 spielte eine Music-Bande zur täglichen Unterhaltung und am Wochenende zum abendlichen Tanz im Badhotel oder in anderen Hotels auf. Endlich gab es auch Spieltische, an denen das Fortuna-Spiel erlaubt war. Der Kurzweil zuliebe wurde auch zu Festbanketten in die Gasthöfe eingeladen, wie schon im Juni 1839, als die Vermählung der königlichen Prinzessin Sophie mit dem holländischen Erbprinzen Wilhelm von Oranien gefeiert wurde. Dies war ein gesellschaftliches Ereignis, das alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte, wobei der Einsender des Berichtes im Schwäbischen Merkur bedauerte, dass es nicht genügend Tische und Plätze in den Hotels gegeben habe, um alle Gäste an dieser Feierlichkeit teilhaben zu lassen. Getröstet wurden alle zu kurz Gekommenen mit der Aussicht, dass sich mit dem im Bau befindlichen „neuen großen Hotel nächst den Anlagen“ (d. i. das Hotel Bellevue des Grafen von Dillen) demnächst etwas ändern werde, da mit ihm „auch eine Restauration verbunden sein wird“. ⁵⁹ Die Regierung nutzte ihre Kontakte zu in- und ausländischen Schriftstellern, um auf das neue Kurbad aufmerksam zu machen. Dem englischen Arzt und Schriftsteller Dr. Augustus Bozzi Granville, der 1839 Wildbad besucht hatte, sandte sie Unterlagen über den geplanten Ausbau des Wildbades zu, die dieser in seiner überarbeiteten Darstellung über die Bäder Deutschlands fleißig verwertete. ⁶⁰ Darüber waren König und Regierung so erfreut, dass sie Dr. Granville zum Ritter des Ordens der Krone Württembergs schlugen. ⁶¹ Das war beste Werbung auf der

internationalen Bühne und zugleich Buhlen um die zahlungskräftige englische Kundschaft, die damals gern die Bäder in Baden-Baden, Carlsbad und Kissingen aufsuchte und die nun tatsächlich auch nach Wildbad kam.

Zur Information und Unterhaltung erschien erstmals 1844 ein „Bade-Blatt“, das neben Kurzgeschichten und Gedichten sowie Anzeigen auch die Namen der in den Gasthöfen und Hotels angekommenen Gäste veröffentlichte. Der Kreis-Kommissär von Linden wurde angewiesen, darauf zu achten, dass im Bade-Blatt keine politischen Nachrichten abgedruckt werden. Andernfalls sollte er dem Drucker Ernst Greiner aus Stuttgart sofort die Presse beschlagnahmen. ⁶² Konfrontiert wurde die Regierung auch mit dem Problem der medizinischen Versorgung erkrankter Kurgäste, insbesondere solcher mit ansteckenden Krankheiten wie z. B. Pocken. Akut geworden war das Problem, weil der in Wildbad zur Kur weilende und an Pocken erkrankte englische Kurier Carlo Ughetti wegen fehlender geeigneter Lokale dort



Kurplatz mit Badhotel und Eberhardsbad in Bad Wildbad auf einem Briefbogen von 1848.



Titelseite der ersten Ausgabe des Bade-Blatts vom 1. Juni 1844.

nicht isoliert werden konnte und deshalb ohne Wissen der Oberbehörden und unter Missachtung der Quarantänebestimmungen nach Stuttgart ins Katharinenhospital gebracht worden war. So etwas sollte und durfte sich nicht wiederholen. Der Innenminister von Schlayer nahm 1842 diesen Vorfall zum Anlass, die Stadtgemeinde Wildbad aufzufordern, ein Krankenhaus zu bauen, damit in Zukunft solche die öffentliche Gesundheit gefährdenden Krankentransporte unterblieben.⁶³ Es sei dies „ein Akt der öffentlichen Fürsorge, bei dem die Badanstalt wesentlich beteiligt ist, auf den daher bei der zeitgemäßen Erneuerung der letztern gleichfalls Bedacht genommen werden“ sollte. In Wildbad wollte man dieser Aufforderung gern nachkommen, vorausgesetzt der Staat beteiligte sich an den Kosten. 1845 legte die Gemeinde

einen Bauplan vor, der sehr einfach war – wie es heißt – und die Verbindung mit einem Armenhaus vorsah, wofür vom Staat ein Beitrag von 1 500 Gulden erbeten wurde. Diese Idee fanden beide Minister unzweckmäßig und lehnten einen Baukostenzuschuss ab.⁶⁴

Angefügt sei, dass das Eberhardsbad bereits 1856 wieder umgebaut werden musste, weil die Gemeinschaftsbäder dem veränderten Sittlichkeitsempfinden nicht mehr entsprachen, was erneut hohe Kosten verursachte. Doch insgesamt haben sich die staatlichen Investitionen, aber auch die privaten Hotelbauten, die im Zuge der Modernisierung Wildbads unter König Wilhelm I. entstanden waren, gelohnt. Stiegen doch ab 1838 nicht nur die Gästezahlen, sondern auch das Renommee des Kurortes, das durch den mehrmaligen Besuch der Zarenmutter Alexandra Feodorowna 1856 bis 1859 in die Riege der mondänen Bäder aufgestiegen war. „Wildbad ist eine Perle Württembergs“, schrieb daher die Schwäbische Kronik⁶⁵ in einem Bericht über Wildbad mit Bezug auf die vielen Neubauten und die steigenden Gästezahlen.

Brennstoffsicherung und –versorgung

Die Wälder um Freudenstadt, Baiersbronn, Herrenalb und Wildbad bildeten zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein wichtiges „Energiereservoir“. Sicherte es doch nicht nur der einheimischen eisenerzeugenden und -verarbeitenden Industrie in Freudenstadt-Christophstal/Friedrichstal und den Glashütten in Schönmünzach und Buhlbach die Existenz, sondern stellte auch die Versorgung der Bevölkerung besonders aber in den Residenzstädten Ludwigsburg und Stuttgart mit Brennholz sicher. Der vermeintliche Holzreichtum des Schwarzwaldes konnte jedoch nicht verhindern, dass die Brennholzpreise laufend stiegen. Klagen über teures Brennholz waren in den Städten und in Gewerbekreisen allgemein, weshalb die Regierung und die ihr nachgeordneten Institutionen nach Lösungen suchten, wie das Angebot an Brennstoffen erwei-

tert und wie der Verbrauch in Industrie und Privathaushalten gesenkt werden könnte, ohne dass der Staat am einträglichen Geschäft mit den Holländertannen Einbußen erleiden musste.

Zunächst schürte die geognostische Erkundung des Königreichs Hoffnungen, dass über dem Grundgebirge des Schwarzwaldes auch Steinkohleschichten zu finden seien. Doch die Steinkohle-Aufschlussbohrungen in Schramberg von 1831 bis 1849 und Bayersbronn-Buhlbach 1830 bis 1836 blieben ergebnislos,⁶⁶ sodass die Torfgewinnung in den Mittelpunkt des Interesses rückte. Torfgruben bestanden im Heiligenmoos zu Winzeln (Oberamt Oberndorf), die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Salinen in Rottweil und Sulz a. N., aber auch die Oberndorfer Gewerfabrik und das Hüttenwerk in Friedrichstal mit preiswertem Brennmaterial versorgten.⁶⁷ Andere Torfstiche befanden sich im Schwenninger Moos und bei Naislach (Gemeinde Würzbach, Oberamt Calw) sowie im Staatswald Bruckmiß bei Oberreichenbach. Die Brennstoffverteuerung bewog 1840 auch den Landwirtschaftlichen Bezirksverein Neuenbürg, in seine Präambel über die Vereinszwecke die Verpflichtung aufzunehmen, die Torfgewinnung und Torfbenutzung zu fördern.⁶⁸ Ob dieser Willensbekundung auch Taten folgten, steht dahin, zumal die bäuerliche Bevölkerung anderes im Sinn hatte. Sie pochte auf die Einhaltung ihrer hergebrachten Holzbezugsrechte. Anlässlich der Oberamtsvisitation Neuenbürg 1826 brachten mehrere Gemeinden vor, dass ihnen die Kameralbeamten den Brennholzbezug und die Streuentnahme verbieten. Der visitierende Beamte hielt die Beschwerden für begründet und legte sie der Kreisregierung und dem Finanzministerium zur Prüfung vor. Die Regierung wich aus und entschied: Die Gemeinden sollten nur die Nadelstreu und das beim Fällen und Entasten der Tannen anfallende Abfallholz verwerten dürfen.

Die Interessen von Gewerbe und Industrie waren anders gelagert. Ihre Hoffnungen richteten sich auf die Aufforstungen mit schnell

wachsenden Fichten und auf die Eisenbahn, mit der billige Steinkohle aus dem Saarland und dem Rheinland nach Pforzheim transportiert und weiter nach Neuenbürg, Wildbad und Calw gebracht werden konnte. Freilich zu spät, um den Rückstand in der industriellen Entwicklung mit jener des mittleren Neckarraums oder in Pforzheim aufzuholen.

Resümee

Am Anfang dieser Ausführungen steht ein Zitat aus der Gewerbe-Enquete des Königlich Württembergischen Handels- und Gewerbsvereins vom 20. Januar 1820. Jetzt (1850), nach rund 30 Jahren württembergischer Wirtschaftspolitik, ist festzuhalten, dass die Leute im Nördlichen Schwarzwald weder Hirten noch fleißige Gewerbetreibende geworden waren. Bis auf die Vereinheitlichung der Zölle im Rahmen des Deutschen Zollvereins, ist keiner der Wünsche von 1820 in Erfüllung gegangen. Die Verkehrssituation blieb anhaltend schlecht. Zum nahegelegenen Pforzheim gab es 1848 nach wie vor keine Straße durch das Nagoldtal. Sie wurde erst 1857 fertiggestellt.

Die Landwirtschaft bildete weiterhin die Basis des Erwerbslebens. Sie war durch die Reformen kaum leistungsfähiger geworden. Die Felderträge blieben so niedrig, dass viele Menschen in der Wirtschaftskrise von 1845 bis 1855 wie damals 1816/17 in Suppenküchen gepflegt werden mussten. Ansätze zu strukturellen Veränderungen sind indes zu erkennen, vor allem bei der landwirtschaftlichen Bildung und der Verbesserung der Viehzucht.

Geringe Summen gab der Staat indes für Gewerbeunterstützungen aus. Die Ansiedlung von mechanischen Werkstätten und Maschinenfabriken wurde zwar als vordringlich eingestuft, aber – wie im Fall der Buserschen mechanischen Werkstätte in Calw – geradezu beschämend gering von staatlicher Seite unterstützt. Immerhin hatte sich aber die Erkenntnis durchgesetzt,

dass der Staat nicht untätig sein darf. Gegen den massiven Widerstand der Standesherrn und konservativer Abgeordneter nahm er die Förderung der Gewerbe in den Staatshaushalt 1833 auf.

Quellen und Literatur

* Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine für den Druck überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser auf Einladung des *Förderkreises Kultur im Schloss* in Neuenbürg am 14. März 2014 gehalten hat. Ich danke Frau Elke Osterloh für die Gelegenheit, die Ergebnisse meiner Archivstudien vorstellen zu dürfen.

- 1 MEMMINGER, Johann Daniel Georg: Beschreibung oder Geographie und Statistik nebst einer Übersicht der Geschichte von Württemberg. Stuttgart/Tübingen 1820. S. 270ff; siehe auch die Auswertung der Memmingerschen Statistik zur Berufsbevölkerung des Königreichs Württemberg, in: Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815-1875, hg. von Wolfgang Köllmann, Bd. V (bearbeitet von Antje Kraus). Boppard a. Rh. 1995, S. 505-512.
- 2 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 14, Bü 938, Unterfasz. Neuenbürg n. 1.
- 3 Verzeichnis der Lehrer und Schüler an dem Land- und Forstwirtschaftlichen Institut Hohenheim. Stuttgart 1849, S. 3, Nr. 61.
- 4 Correspondenzblatt des Württembergischen landwirthschaftlichen Vereins (CWLTV) 2 (1822), S. 291-296.
- 5 CWLV 12 (1827), S. 374.
- 6 CWLV 3 (1823), S. 53-55.
- 7 Archiv für Natur-Heilkunde und Agrikultur, 1. Heft, hrsg. von Eberhard Friedrich Mauz, Stuttgart 1842, S. III. Das Zitat war damals allgemein bekannt; es wird in abgewandelter Form zitiert bei Hazzi, Joseph, Über den Dünger, München 1821.
- 8 STÄLIN, Paul Friedrich: Geschichte der Stadt Calw/Stuttgart 1888, S. 107.
- 9 HStAS E 146, Bü 7720 (Unterstützungsesuche), n. 1 (Bericht des Freudenstädter Oberamtmanns Friz an die Ministerien des Innern und der Finanzen, datiert Freudenstadt, 5. Sept. 1839).
- 10 HStAS E 146, Bü 7720, n. 3 (datiert Stuttgart, 13. Dezember 1839).
- 11 U. a. zählte auch der spätere Calwer Stadtschul-

teiß Schuld zu den ersten Studenten in Hohenheim; vgl. auch Oberamt Calw (Stuttgart 1860), S. 80, 329.

- 12 Vgl. den Aufsatz „*Ansichten über die Thunlichkeit der Stallfütterung auf dem untern Schwarzwalde*“, in: CWLV 5 (1824), S. 52-61; 1828 wurden die Schultheißen Schöninger aus Salmbach und Dürr aus Kapfenhardt (Oberamt Neuenbürg) belobigt, weil sie sich um die Emporbringung der Waldkultur und um die Einführung der Stallfütterung verdient gemacht hatten (Reg. Blatt 1828, Nr. 56 vom 30. August 1828, S. 686).
- 13 HStAS E 146, Bü 7706 (Tabellarische Übersicht über den Stand der Rindviehzucht im Schwarzwaldkreis 1829, hier Oberamt Neuenbürg).
- 14 HStAS E 221, Bü 4205, n. 79 (Bericht der Kommission f. Verbesserung d. Leinwandgewerbe über die Ergebnisse der Bereisungen F. Breunlins, datiert Stuttgart, 4. April 1836).
- 15 HStAS E 143, Bü 3200, n. 3 (Stellungnahme des Finanzministers zu der Anzeige der Kaufleute Sprenger und Benckiser, datiert, Stuttgart, 26. Oktober 1837); 1846 erhielt der Kaufmann Friedrich Münster aus Freudenstadt ein Darlehen von 8 000 fl zu 2 ½ Prozent Zins auf 15 Jahre für die Errichtung einer Flachsspinnerei; unklar bleibt freilich, ob die Freudenstädter Flachsspinnerei erfolgreich war (HStAS E 146, Bü 6764).
- 16 HStAS E 146, Bü 6764, „*Verzeichniß der bei Gewerbetreibenden ausstehenden Unterstützungs-Anlehen nach dem Stand vom 31. Oktober 1848*“; die Summe von 150 000 fl wurde am 26. April 1838 bewilligt.
- 17 Ähnlich auch Pfarrer Schmoller aus Simmersfeld in seiner Beschreibung der Pfarrei Simmersfeld von 1821ff, vgl. SCHOCH, Oswald: Vom früheren Flachs-anbau im heutigen Landkreis Calw, in: Schwäbische Heimat 55. Jg., H. 2 (2004), S. 176-182; Lengerke, Alexander von: Landwirtschaftliche Statistik der deutschen Bundesstaaten, Bd. II/2 (Braunschweig 1841), S. 60, spricht vom Waldflachs (d. i. Schwarzwälder Flachs) als der geschätztesten Flachssorte des Königreichs.
- 18 Teilort von Oberkollbach, von 1835 bis 1838 vorübergehend selbständig.
- 19 Staatsarchiv Ludwigsburg (künftig: StAL), E 170, Bü 1069, n.65.
- 20 CWLV 45/NF 25 (1844), S. 47.
- 21 Abdruck einer Bekanntmachung des Ldw. Bezirksvereins Calw bei GÜNTHER, Karl: Flachs-anbau im „Calwer Wald“, in: Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch Bd. 9 (1991), S. 188.

- 22 Oberamtsbeschreibung Calw (Stuttgart 1860), S. 81.
- 23 WJbb 1832, H. 1 (Stuttgart/Tübingen 1833), S. 148-210, hier bes. S. 163-164.
- 24 4. Rechenschaftsbericht an die Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe. Stuttgart 1834, S. 11.
- 25 Vgl. den Vortrag Georg Doertenbachs bei der Bezirksversammlung der Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe 1837 in Calw, abgedruckt in: 8. Rechenschaftsbericht an die Gesellschaft f. Beförderung d. Gewerbe. Stuttgart 1838, S. 40, ähnlich DOERTENBACH, Mittheilungen über Gewerbe und Handel in seiner Vaterstadt Calw, S. 6ff.
- 26 4. Rechenschaftsbericht (wie Anm. 26), S. 11-14; Wochenblatt für Land- und Hauswirthschaft, Gewerbe und Handel (abgekürzt: WLH) 2. Jg. (1835), S. 54-55.
- 27 7. Rechenschaftsbericht (1837), S. 48/49.
- 28 Vgl. seine Biographie von MAIER, Gerald: Zwischen Kanzel und Webstuhl: Johann Georg Freihofer (1806-1877). Leben und Wirken eines württembergischen Pfarrers im Spannungsfeld von Staat, Kirche und Gesellschaft (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde Bd. 20). Leinfelden-Echterdingen 1997; über die Tätigkeiten und das soziale Engagement Freihofers in Neuhengstett vgl. S. 140-158.
- 29 Darauf bezieht sich wohl die Notiz im Visitationsbericht vom 24. September 1837, in der es heißt, dass die Regierung der Gemeinde Neuhengstett *einige Unterstützungen zur Verbesserung seiner Gewerbe verwilligt* habe (HStAS E 14, Bü 938, Unterfasz. Calw n. 4) und WLH 4. Jg. (1837), S. 136.
- 30 7. Rechenschaftsbericht (1837), S. 13.
- 31 HStAS E 146, Bü 6764, o. Nr. (*Verzeichniß der seit dem Jahre 1830 zur Unterstützung von Gewerbe-Unternehmungen aus der Staatskasse bewilligten Anlehen*).
- 32 12. Rechenschaftsbericht (1842), S. 11.
- 33 13. Rechenschaftsbericht (1843), S. 11.
- 34 StAL, E 170, Bü 1119, n.143 (Brief des W.F. Schumm an Kaufmann J.F. Haering in Stuttgart, datiert Calw, 26. Februar 1841).
- 35 StAL, E 170, Bü 1119, n. 133 (Brief von Pfarrer Freihofer an den Ausschuss der Gesellschaft für Beförderung d. Gewerbe, datiert Kayh, 1. November 1840).
- 36 StAL, E 170, Bü 1119, n. 149 (Mitteilung des Ministers des Innern an den Ausschuss der Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe, datiert Stuttgart, 24. Nov. 1845).
- 37 HStAS E 14, B ü 938, Unterfasz. Calw n. 11.
- 38 Vgl. 8. Rechenschaftsbericht (1838), S. 37ff.
- 39 HStAS E 10, Bü 204, Unterfasz. Patente 1836-40, n. 8.
- 40 CWLV 42/NF 12 (1842), S. 39-61, bes. S. 51.
- 41 CWLV 42/NF 12 (1842), S. 199.
- 42 Stadtarchiv Calw, Bd. 86 (Gemeinderatsprotokoll vom 13. März 1838), Bl. 274v ff.; (freundliche Mitteilung von Herrn Stadtarchivar Dr. Karl Mayer vom 26.1.2013).
- 43 HStAS P 13, Bü 13, n.4 (Calw, 10. Januar 1838).
- 44 GRUNDLER Friedrich: Beschreibung der neuen Getreidemühle zu Berg bei Stuttgart. Stuttgart 1837; FLIEGAUF, Uwe: Die Schwäbischen Hüttenwerke zwischen Staats- und Privatwirtschaft. Zur Geschichte der Eisenverarbeitung in Württemberg (1803-1945). Stuttgart 2007, S. 136.
- 45 HStAS E 14, Bü 938, Unterfasz. Calw n. 6 Beilage (datiert 8. Juni 1846).
- 46 Liebenzell und andere private Bäder (z.B. der Versuch eines Calwer Gerbermeisters von 1834 ein Kaltwasserbad einzurichten; [vgl. CWLV 29/NF 9(1836), S. 92-94] bleiben hier unberücksichtigt.
- 47 Vgl. dazu RIECKE, V.A.: Die Heilquellen und Bäder Württembergs, in: WJbb 1839, H. 1, S. 151-258 (Stuttgart/Tübingen 1840), S. 157-170 (Wildbad), S.171-176 (Teinach); über die Verhältnisse vor 1800 vgl. MEHRING, Gebhard: Badenfahrt. Württembergische Mineralbäder und Sauerbrunnen vom Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte Bd. 13). Stuttgart 1814.
- 48 Vom Staat 1835 für 23 000 fl von Heinrich Firnhaber erworben (Oberamt Calw S. 344/345).
- 49 MOERSCH, Karl: Im schönsten Wiesengrunde. Die Quellen von Bad Teinach, in: NIES, Wolfgang und Sönke LORENZ (Hg.): Kult-Bäder und Bäderkultur in Baden-Württemberg. Filderstadt 2004, S. 194ff.; Oberamt Calw (Stuttgart 1860), S. 343ff.
- 50 EPTING, Carl Hermann: Album vom Schwarzwald. Das königliche Bad Teinach, Stuttgart 1860, S. 9.
- 51 Vgl. HOLTZ, Sabine: „Heil’ge Quelle, die tausend Wunder tut!“. Bad Wildbad, in: NIES/LORENZ (Hg.), Kult-Bäder (wie Anm. 49), S. 260-274.
- 52 KAUSLER, Christian: Beschreibung des Ober-Amtes Neuenbürg und der damit vereinigten vormaligen Ober-Ämter Herrenalb, Liebenzell und Wildbad. Tübingen 1819, S. 9.
- 53 So bereits KERNER, Andreas Justinus: Das Wildbad im Königreich Württemberg. Tübingen 1813, S. 32; ihm folgend KAUSLER, (wie Anm. 52 S. 12).
- 54 DENGLER, Bernhard und Alexander BARTSCH: Das

- Graf-Eberhard-Bad in Wildbad. Metamorphose eines Badetempels aus der Zeit der beginnenden Romantik. Baugeschichtliche Dokumentation der Staatlichen Hochbauverwaltung Baden-Württemberg, Staatliches Hochbauamt Pforzheim. Pforzheim 1987; FÖHL, Thomas Eckhard: Wildbad. Die Chronik einer Kurstadt als Baugeschichte. Neuenbürg 1988, S. 34ff; vgl. auch GREINER, Karl: Das Wildbad, seine Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert. Böblingen 1952, S. 47ff.
- ⁵⁵ RIECKE, Heilquellen S.104; Oberamtsbeschreibung Neuenbürg (Stuttgart 1860), S. 251.
- ⁵⁶ HStAS E 221, Bü 2262, Fasz. Bauarbeiten Wildbad 1834-1839, n. 1: Rechenschaftsbericht der K. Finanzkammer des Schwarzwald-Kreises über die Bauarbeiten für die Jahre 1832 und 1833 an das K. Finanzministerium, datiert Reutlingen, 14. August 1834.
- ⁵⁷ Wie Anm. 56, n. 1, I. Abschnitt (Beschreibung der Bad-Anstalt).
- ⁵⁸ Vgl. dazu die Angaben zum Bauablauf und den Finanzierungsproblemen bei DENGLER/ BARTSCH (wie Anm. 54), S. 36ff.
- ⁵⁹ Schwäbischer Merkur vom 19. Juni 1839, S. 701.
- ⁶⁰ HStAS E 70t, Bü 174 (Brief des Ministers Herdegen an den württ. Gesandten und bevollmächtigten Minister, Grafen von Mandelsloh in London, datiert Stuttgart, 23. Dezember 1840; GRANVILLE, Augustus Bozzi: The Spas of Germany. 2 volumes, London 1837; von diesem Werk gibt es mehrere Nachdrucke u. a. Brussels (Brüssel) 1838, hier vol. I., S. 95-126 (Wildbad), S. 127-162 (Liebenzell, Deinach, Cannstadt); die Londoner Erstaussgabe von 1837 trägt auf der Titelseite eine Abbildung der „Hölle“ von Wildbad; über Dr. Granville als tätiger Arzt, Wissenschaftler und Politiker vgl. MOSCUCCI, Ornella: Granville, Augustus Bozzi (1783-1872), in: Oxford Dictionary of National Biography, vol. 23 (Oxford 2004), S. 355-357.
- ⁶¹ K. Württ. Hof- und Staatshandbuch 1843, S. 36.
- ⁶² HStAS E 63/3, Bü 241 (Akten der Zensurkommission 1844), n. 1 (Note der Regierung des Schwarzwald-Kreises an das K. Censur-Collegium betr. Herausgabe des Bade-Blatts, datiert Reutlingen, 15. Mai 1844).
- ⁶³ HStAS E 221, Bü 2263, Unterfasz. Bau eines Krankenhauses, n. 1 (Note des Ministers d. Innern an den Finanzminister, datiert Stuttgart, 4. Okt. 1842).
- ⁶⁴ HStAS E 221, Bü 2263, Unterfasz. Bau eines Krankenhauses, n. 3 (22. Mai 1845).
- ⁶⁵ Schwäbische Kronik Nr. 169 vom 20. Juli 1859, S. 1107 und Nr. 239 vom 9. Okt. 1859, S. 1605.
- ⁶⁶ Oberamt Oberndorf (Stuttgart 1868), S. 34; in Buhlbach bei Baiersbronn wurde bis in eine Tiefe von fast 1000 Fuß (ca. 286 Meter) gebohrt, vgl. WJbb Jg. 1830, H. 1, S. 107; Jg. 1833, H. 2, S. 285 und Jg. 1836, H.2, S. 57.
- ⁶⁷ Der Landkreis Rottweil, hg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landkreis Rottweil. 2004, Bd. I, S. 442.
- ⁶⁸ HStAS E 146, Bü 7691, Unterfasz. Neuenbürg (Statuten des landwirtschaftlichen Vereins für den Oberamtsbezirk Neuenbürg, datiert Neuenbürg, 20. März 1841).

Bildnachweis

- S, 28 : Rainer Loose
S. 30, 31: Universitätsbibliothek Tübingen
S. 34: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand Q 1/12, Bü 49, Bild 5
S. 36: Gerald Maier
S. 37: Francis Guillaume
S. 40: Martin Frieß
S. 41: Generallandesarchiv Karlsruhe, Bestand 236/16786, n.22
S. 42: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 63/3, Bü 241